

„Das ist Apartheid“ Ein Interview mit dem scheidenden UN Menschenrechtsbeauftragten Michael Lynk

David Kattenburg, mondoweiss.net, 03.05.22

Der scheidende UN-Sonderberichterstatter Michael Lynk über die Apartheid in Israel und die Schritte, die die internationale Gemeinschaft unternehmen kann, um Israel zu zwingen, seinen „Fiebertraum vom Siedlerkolonialismus“ aufzugeben.

„In den palästinensischen Gebieten, die Israel seit 1967 besetzt hält“ gibt es jetzt fünf Millionen staatenlose Palästinenser, die ohne Rechte, in einem akuten Zustand der Unterwerfung und ohne Weg zur Selbstbestimmung leben“.

Michael Lynk

Für diejenigen, die das Geschehen verfolgen, wurde ein neues Kapitel in der Chronik der israelischen Apartheid aufgeschlagen. Die Ansicht, dass Israel sich dieses schwersten Verbrechens schuldig gemacht hat, ist nun offiziell auf der Website des Büros des UN-Hochkommissars für Menschenrechte veröffentlicht und in einer Reihe von Berichten und Erklärungen des kanadischen Menschenrechtsanwalts Michael Lynk dargelegt, die er in den letzten Tagen seiner sechsjährigen Amtszeit als „Sonderberichterstatter über die Lage der Menschenrechte in den seit 1967 besetzten palästinensischen Gebieten“ verfasst hat.

Professor Lynk trat am 1. Mai von seinem Amt zurück. Seine Nachfolgerin ist die italienische Wissenschaftlerin Francesca Albanese. Seine Berichte und die von zwei mächtigen UN-Ausschüssen, die sich nun damit beschäftigen, werden von der internationalen Gemeinschaft schwerer zu ignorieren oder abzutun sein als die Erkenntnisse von NGOs wie *B'Tselem*, *Human Rights Watch* und *Amnesty International*.

In seinen sechs Jahren als Sonderberichterstatter hat Michael Lynk nie ein Blatt vor den Mund genommen, aber er verstand es, sein Pulver bis zum letzten Moment für eine Salve trocken zu halten, die nicht einmal die *New York Times* ignorieren konnte.

„In den palästinensischen Gebieten, die Israel seit 1967 besetzt hält“, schrieb Lynk in seinem Abschlussbericht für die 49. Sitzung des Menschenrechtsrates, der jetzt auf der UN-Website für alle zum Nachlesen und Nachdenken zur Verfügung steht, „gibt es jetzt fünf Millionen staatenlose Palästinenser, die ohne Rechte, in einem akuten Zustand der Unterwerfung und ohne Weg zur Selbstbestimmung leben“.

„Es wurde ein institutionalisiertes Herrschaftsregime systematischer rassistischer Unterdrückung und Rassendiskriminierung errichtet“, sagte Lynk vor dem Menschenrechtsrat. „Israelische Juden und palästinensische Araber verbringen ihr Leben unter einem einheitlichen Regierungssystem, das die

Verteilung von Rechten und Vorteilen [auf der Grundlage] der nationalen und ethnischen Identität differenziert und die Vormachtstellung der einen Gruppe über die andere, und zu Lasten der anderen, sicherstellt ... Das ist Apartheid.“

Lynk bekräftigte das Konzept von der israelischen Apartheid in einer Erklärung vom 22. April, die jetzt auf der UN-Website veröffentlicht wurde: Israels „etablierte Besetzung, die nicht mehr von Apartheidpraktiken zu unterscheiden ist, basiert auf der institutionellen Diskriminierung einer rassisch-national-ethnischen Gruppe gegenüber einer anderen“, hieß es in der Erklärung.

„Die amerikanische Besetzung Japans dauerte etwa zehn Jahre, dann war sie zu Ende“. „Die Besetzung Westdeutschlands durch die westlichen Alliierten dauerte etwa zehn Jahre. Selbst die amerikanische Besetzung des Irak nach 2003 lag im Bereich von 9 bis 10 Jahren ... Alles, was darüber hinausgeht, vor allem, wenn die Besatzungsmacht besitzergreifende Züge zeigt und einen Teil oder das gesamte Territorium behalten will, ist nach internationalem Recht zutiefst illegal“.

Michael Lynk

In einer nachfolgenden Erklärung, die der Menschenrechtsrat am 27. April veröffentlichte, wiederholten Lynk und vier weitere Sonderberichterstatter das Konzept der israelischen Apartheid in einer Erklärung, in der sie die israelische Wohnungsbaupolitik in Ost-Jerusalem verurteilten, die ihrer Meinung nach „eindeutig einer Segregation auf der Grundlage von Rasse, Hautfarbe, Abstammung oder nationaler oder ethnischer Herkunft gleichkommt“.

Michael Lynk beschrieb den Prozess, der zu seinen Apartheid-Erklärungen führte, in einem ausführlichen Gespräch mit *Mondoweiss*. „Ich wurde vor sechs Jahren ernannt und, wissen Sie, da sagte ich mir, dass ich nicht über Apartheid zu reden brauche. Im Rahmen des humanitären Völkerrechts gibt es viel Raum um diplomatische und politische Entscheidungsträger, die sich mit dem israelisch-palästinensischen Konflikt befassen, davon überzeugen zu können, was sie tun müssen, um die Besetzung zu beenden. Und um das Versprechen der palästinensischen Selbstbestimmung zu verwirklichen.“

Wenn ich anfangs, von Apartheid zu sprechen, werde ich sie vergraulen, und ich werde keinerlei Einfluss auf Entscheidungen haben, die in erster Linie von europäischen und nordamerikanischen Entscheidungsträgern getroffen werden.“

Im Laufe der Jahre stellte Lynk jedoch fest, dass sich die israelische Präsenz von einer „kriegerischen Okkupation“ - nach internationalem Recht innerhalb der in der Vierten Genfer Konvention von 1949 festgelegten Grenzen legal - zu einer De-facto-Annexion und Apartheid verwandelt hatte.

„Im Jahr 2014, als der Friedensplan oder Kerry-Friedensplan zusammenbrach, gab es allein im Westjordanland rund 370.000 israelische Siedler“, sagte Lynk gegenüber *Mondoweiss*. „Jetzt, acht Jahre später, gibt es 480.000 Siedler im Westjordanland. Insgesamt sind es über 700.000 Siedler. Wenn man die Siedlerpopu-

lation um zwanzig- bis fünfundzwanzigtausend Siedler pro Jahr erhöht, wer kann da nicht rechnen und erkennen, dass das bedeutet: kein palästinensischer Staat? Das bedeutet eine permanente Besetzung, die, wie ich in meinem letzten Bericht dargelegt habe, nicht mehr von Apartheid zu unterscheiden ist."

In seiner Erklärung vom 22. April bezeichnete Lynk die permanente Besetzung als „juristisches Oxymoron“. Nach der IV. Genfer Konvention werden Besetzungen als vorübergehend angesehen, und die Besatzungsmächte sind verpflichtet, die Interessen der unter ihrer Herrschaft lebenden „zu schützenden Bevölkerung“ zu gewährleisten. Versuche, besetzte Gebiete zu annektieren, zum Beispiel durch die Überführung eigener Bürger in besetzte Gebiete, sind strengstens untersagt.

„Die amerikanische Besetzung Japans dauerte etwa zehn Jahre, dann war sie zu Ende“, sagte Lynk gegenüber *Mondoweiss*. „Die Besetzung Westdeutschlands durch die westlichen Alliierten dauerte etwa zehn Jahre. Selbst die amerikanische Besetzung des Irak nach 2003 lag im Bereich von 9 bis 10 Jahren ... Alles, was darüber hinausgeht, vor allem, wenn die Besatzungsmacht besitzergreifende Züge zeigt und einen Teil oder das gesamte Territorium behalten will, ist nach internationalem Recht zutiefst illegal ... Es besteht also ein riesengroßer Unterschied, ein riesengroßer Abstand zwischen dem, wie eine Okkupation sein sollte - vorübergehend, kurzfristig - und dem, was die israelische Okkupation ist - permanent, für immer, unbefristet.“

Als es für Lynk offensichtlich wurde, dass die israelischen „Besetzung“ von Dauer sein würde, schaltete sich eine Reihe von Menschenrechtsorganisationen ein: die israelischen und palästinensischen NROs *Al Mezan*, *Al Haq*, *B'Tselem* und *Yesh Din*; die internationalen Schwergewichte *Human Rights Watch* und *Amnesty International* sowie ein Bericht der *International Human Rights Clinic der Harvard Law School*.

Und schließlich dachte Lynk um.

Drei-Punkte-Test für Apartheid

Er stützt sich auf die Internationale Konvention über die Bekämpfung und Bestrafung des Verbrechens der Apartheid von 1973 und das Römische Statut des Internationalen Strafgerichtshofs von 1998, die einzigen Übereinkommen, in denen Apartheid tatsächlich definiert wird.

Lynk wandte einen „Drei-Punkte-Test“ auf die Apartheidfrage an.

Erstens: Stellt Israels System ein „institutionalisiertes Regime der systematischen Rassenunterdrückung und -diskriminierung“ dar?

„Diese Frage ist in Bezug auf die besetzten palästinensischen Gebiete ziemlich einfach zu beantworten“, so Lynk gegenüber *Mondoweiss*. „Wir haben 700.000 jüdische Siedler, die in rein jüdischen Gemeinden leben, dreihundert Gemeinden in Ostjerusalem und im Westjordanland, die die gesamte Palette israelischer Staatsbürgerrechte, Vergünstigungen und Privilegien genießen, und im selben politischen und geografischen Raum drei Millionen Palästinenser(inne)n, die recht- und staatenlos sind, in Ostjerusalem und im Westjordanland.“

Lynks zweite Frage: Hatte Israel dieses System „mit der Absicht eingerichtet, die Vorherrschaft einer rassistischen Gruppe über eine andere aufrechtzuerhalten“? Ja, folgerte er.

„Man braucht nur zu lesen, was israelische Politiker gesagt haben“, sagte Lynk weiter zu *Mondoweiss*.

„Naftali Bennett, derzeitiger Ministerpräsident Israels, sagt: Ich bin gegen einen palästinensischen Staat und ich bin gegen jeglichen Versuch, einen Friedensprozess wieder in Gang zu bringen... Wir wenden in Judäa und Samaria israelisches Recht an. Benjamin Netanjahu sagte, müssen Sie wissen, ein palästinensischer Staat wird unsere Existenz gefährden. Ich werde Jerusalem nicht teilen. Ich werde keine einzige Siedlung evakuieren. Und ich werde dafür sorgen, dass wir das Gebiet westlich des Jordanflusses unter unsere Kontrolle bringen.“

Nachdem Lynk die ersten beiden Fragen bejaht hatte, ging er zur dritten Frage über: Beinhaltet das israelische System „inhumane Handlungen“, die dazu erdacht wurden, sein System durchzusetzen? Lynk zählte sie in seinem Abschlussbericht an die UNO auf: „staatlich sanktionierte außergerichtliche Hinrichtungen“, die Inhaftierung von tausenden Palästinenser:innen ohne ordentliches Verfahren, kollektive Bestrafung, Häuserzerstörungen und die Blockade des Gazastreifens, was Lynk als „mittelalterlich“ bezeichnet.

Hinzu kommt die Gewalt der Siedler, die von israelischen Soldaten, von denen einige selbst Siedler sind, offen unterstützt wird. „Das Leben der Palästinenser soll so jämmerlich wie möglich sein“, so Lynk zu *Mondoweiss*.

Internationales Vorgehen für ein Ende der israelischen Apartheid

Ungeachtet der Fülle an Beweisen, dass die israelische Besetzung ein Dauerzustand sein soll und sich zur Apartheid entwickelt hat (Israels Besetzung ist „der bei weitem bestdokumentierte Konflikt in der modernen Welt,“ wie Lynk erklärte), gibt es keinen Hinweis darauf, dass die internationale Gemeinschaft Israel zur Rechenschaft ziehen wird.

„Es ist wohl eines der großen Rätsel der modernen Welt, warum wir so viel über die Okkupation wissen und in ihrem Zusammenhang so viele Gesetze verkündet haben, aber herzlich wenig in Bezug dazu getan haben. Es klafft eine riesige Lücke zwischen Versprechungen und Taten, was diese Okkupation betrifft.“

Lynks Enttäuschung als scheidender Sonderberichterstatter ist spürbar, aber er ist nicht ganz ohne Hoffnung. In seinem Abschlussbericht an die UN und seiner Erklärung vom 22. April schlägt er Maßnahmen vor, um Israel aus seinem „Fiebertraum des Siedlerkolonialismus“, der De-facto-Annexion und der Apartheid aufzuschrecken.

Die internationale Gemeinschaft sollte Israel vorschreiben, die Blockade des Gazastreifens zu beenden, alle Siedlungsaktivitäten einzustellen und alle Kontrollpunkte, Genehmigungsaufgaben und andere Maßnahmen, die die palästinensische Bewegungsfreiheit behindern, aufzuheben, betont Lynk.

Lynk möchte, dass die UNO ihren seit 1994 inaktivierten Sonderausschuss gegen Apartheid wiederbelebt und ihn mit der Untersuchung von Apartheid-Situationen überall auf der Welt beauftragt.

Er empfiehlt, dass der Internationale Strafgerichtshof sich mit der israelischen Apartheidfrage befassen und den Internationalen Gerichtshof um ein Gutachten zur Rechtmäßigkeit der israelischen Okkupation ersuchen sollte - etwas, wozu sich der ISTGH in seiner Mauer-Entscheidung von 2004 nicht geäußert hat.

Lynk wünscht sich außerdem, dass die internationale Gemeinschaft palästinensische Wahlen erleichtert, und fordert einen „auf Rechten basierenden Friedensprozess“, der zum Ziel hat, die israelische Besetzung zu beenden und das Recht des palästinensischen Volkes auf Selbstbestimmung zu verwirklichen.

„Im Rahmen des Madrid-Oslo-Prozesses, im Rahmen des Realpolitik-Prozesses, müssen die Palästinenser darüber verhandeln, wie viele Siedlungen Israel behalten darf. Und das wird Israel immer begünstigen, weil es wirtschaftlich, politisch, diplomatisch und vor Ort eine so überwältigende Dominanz hat“, so Lynk gegenüber *Mondoweiss*.

„Aber wenn man von einem rechtsbasierten Ansatz ausgeht, sind alle Siedlungen illegal und die Palästinenser müssen nicht darüber verhandeln, wie viele Siedlungen sie am Ende bei einem endgültigen Friedensabkommen schlucken müssen. Die Grenze wird die Grenze von 1967 sein. Israel muss verhandeln, um Jerusalem aufzuteilen, anstatt ständig zu erklären, dass Jerusalem nicht zur Debatte steht und ihnen ganz Jerusalem gehört. Das ist es, was ein auf rechtsbasierter Ansatz letztendlich bedeutet, wenn es überhaupt eine Hoffnung auf die Möglichkeit einer Zweistaatenlösung geben soll, die in diesen Zeiten eher vage scheint.“

In der Tat vage. Lynks eigenes Land, Kanada (das sich 2016 gegen seine Berufung zum Sonderberichterstatter aussprach), bestätigt offiziell, dass Israels Siedlungspolitik illegal ist, um nicht zu sagen ein Hindernis für die „Zwei-Staaten-Lösung“, die es vorgeblich unterstützt.

Allerdings gewährt Ottawa gerne Zollvergünstigungen für Siedlungsprodukte und den Status der Gemeinnützigkeit für kanadische Gruppen, die sich für die Siedlungspolitik einsetzen. Im Endeffekt, so Lynk, werden die Regierungen nur unter Druck handeln.

„Meiner Meinung nach wird im Gegensatz dazu die Fähigkeit der Zivilgesellschaft in den europäischen und nordamerikanischen Ländern ihre Regierungen soweit bringen, dass sie eine viel stärkere Haltung gegenüber der festgefahrenen Besatzung einnehmen können“, so Lynk gegenüber *Mondoweiss*.

Nächste Schritte auf UNO-Ebene

Die Nachfolgerin von Michael Lynk als Sonderberichterstatterin für das besetzte Palästina, Francesca Albanese (die Frau, die für diesen Posten ernannt wurde), hat vielleicht mehr Glück. Wie Lynk vor sechs Jahren wurde auch die Ernennung von Albanese hie und da von pro-israelischen Apartheid-Lobbyisten verurteilt. Eines ist sicher: Israel wird Francesca Albanese wie alle anderen Sonderberichterstatter seit dem Amtsantritt von Richard Falk im Jahr 2008 die Einreise verweigern.

Israel kann UN-Sonderberichterstatter davon abhalten, das zu betreten, was Michael Lynk als „interne Kolonie“ bezeichnet. Es kann nicht verhindern, dass ihre Berichte auf der UN-Website veröffentlicht werden.

Diese werden wiederum von anderen UNO-Ermittler(inne)n gelesen werden. Die Unabhängige Internationale Untersuchungskommission unter dem Vorsitz der Südafrikanerin Navi Pillay (der ebenfalls die Einreise nach Israel verwehrt wurde) wird dem Menschenrechtsrat im kommenden Juni Bericht erstatten, und der UNO Generalversammlung im September. Die Untersuchungskommission soll Maßnahmen vorschlagen, „um die Einhaltung des humanitären Völkerrechts und der internationalen Menschenrechte zu gewährleisten“, mit dem Ziel, „Straflosigkeit zu vermeiden und zu beenden und die rechtliche Verantwort-

lichkeit, einschließlich der strafrechtlichen Verantwortung des Einzelnen und der Befehlsgeber, sicherzustellen.“ Außerdem gibt es das UN-Komitee für die Beseitigung der Rassendiskriminierung (CERD), das sich seit 2018 mit palästinensischen Beschwerden über Rassentrennung und Apartheid befasst.

Die „Vermittlungskommission“ des CERD prüft diese Vorwürfe nun ohne israelische Kooperation. Nach Abschluss seiner Arbeit wird das CERD seine Erkenntnisse der UNO-Generalversammlung vorlegen.

Eingedenk der Berichte von Michael Lynk, die überall auf der UN-Menschenrechts-Website zu finden sind, ist es durchaus möglich, dass das CERD und Navi Pillays Untersuchungskommission darin übereinstimmen, dass Israel das „Verbrechen der Apartheid“ praktiziert. Falls sie dies tun, kann es gut sein, dass ein neues Kapitel in den israelischen Apartheid-Chroniken aufgeschlagen wird - nämlich umfassende Untersuchungen durch den Internationalen Strafgerichtshof und den Internationalen Gerichtshof in Den Haag.

Quelle:

<https://mondoweiss.net/2022/05/michael-lynk-this-is-apartheid/>

Übersetzung: R. Häberle, Pako – palaestinakomitee-stuttgart.de